

Sven Schuster

50 Jahre FARC – Geschichtsbild und Selbstverständnis der ältesten Guerilla Lateinamerikas

Im Mai 1964 erstürmte die kolumbianische Armee im Rahmen des sogenannten *Plan LASO* (*Latin American Security Operation*) die von Kommunisten gegründete Agrarkolonie Marquetalia im Süden Kolumbiens. Die sich über mehrere Monate erstreckende Militär-operation gegen die zwischen den Departements Huila und Tolima gelegene Enklave wurde von den USA logistisch unterstützt, wobei Tausende Soldaten, Hubschrauber sowie mit Brandbomben bestückte Kampfflugzeuge zum Einsatz kamen. Für die US-Regierung unter Präsident Lyndon B. Johnson war es im Kontext der bereits von Kennedy initiierten *Alliance for Progress* von größter Bedeutung, ein „zweites Kuba“ in Südamerika zu verhindern. Neben materiellen Hilfsleistungen und Kooperationen in den Bereichen der medizinischen Versorgung, dem Wohnungsbau und dem Bildungswesen war der Aspekt der *counterinsurgency* ein Kernstück des dezidiert antikommunistischen Programms.¹ Trotz des massiven Aufgebots war der Militärschlag jedoch ein Misserfolg. So gelang den in Marquetalia ansässigen 48 kommunistischen Guerilleros sowie den in ihrem Einflussbereich lebenden Campesinos größtenteils die Flucht. Am Ende hatten die Guerilleros lediglich drei Tote zu beklagen, während sich die Zahl gefallener Soldaten auf über 300 belief.²

¹ Gary Leech, *The FARC: The Longest Insurgency*, London 2011, S. 14–18.

² Mario Aguilera Peña, *Las Farc: La guerrilla campesina, 1949–2010*, Bogotá 2010, S. 39.

Die Unverhältnismäßigkeit, mit der die kolumbianische Armee im Kontext des Kalten Krieges gegen die kommunistischen Enklaven auf ihrem Staatsgebiet vorging, hatte nicht nur den Protest einer Hand voll Intellektueller zur Folge. Nachdem eine Serie ähnlicher Militäroperationen gegen die von der Kommunistischen Partei gesteuerten bäuerlichen „Selbstverteidigungsgruppen“ in den Jahren zuvor bereits zu einer Radikalisierung der Guerilleros beigetragen hatte, führte dieser letzte Schlag unmittelbar zur Gründung einer neuen Organisation: den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*, kurz FARC. Noch während der Operation, am 20. Juli 1964, entwarfen die aus Marquetalia geflohenen Guerilleros ein sieben Punkte umfassendes „Agrarprogramm“, das unter anderem die Enteignung und Neuverteilung brachliegender Ländereien sowie soziale Reformen vorsah. Dieses Programm wurde zum Manifest der dann zwei Jahre später formell aus der Taufe gehobenen Guerilla, die damit heute die älteste Lateinamerikas darstellt. Über die Jahrzehnte hinweg kultivierten die FARC die Erinnerung an Marquetalia und schufen einen Gründungsmythos, der seither regelmäßig in Form von Festreden, Publikationen, politischen Akten und Fahnenweihen evoziert wird.³

Für die Mehrheit der Kolumbianer hat der Begriff „Marquetalia“ hingegen überhaupt keine Bedeutung. Für sie stellen die FARC in erster Linie unpolitische „Drogenterroristen“ (*narcoterroristas*) dar, die jedwede Glaubwürdigkeit und Legitimität verloren haben.⁴ Neben Kolumbiens zweitgrößter Guerilla, dem ELN (*Ejército de Liberación Nacional*), sind die FARC gegenwärtig das Haupthindernis für ein Ende des bewaffneten Konflikts, nachdem andere links-gerichtete Guerillas sowie die rechtsgerichteten Paramilitärs zumindest in offizieller Lesart als demobilisiert gelten.⁵ So führen die FARC nach wie vor auf dem Rücken der Zivilbevölkerung einen blutigen Kampf gegen den Staat, dessen Ziel die Übernahme der politischen Macht

³ Ebd., S. 40.

⁴ Ebd., S. 169–173.

⁵ Raul Zelik, *Die kolumbianischen Paramilitärs*, Münster 2009, S. 127–139.

sein soll.⁶ Angesichts der militärischen Schwäche der Guerilla, die während der Regierungszeit von Präsident Álvaro Uribe Vélez (2002–2010) die schwersten Niederlagen ihrer fünfzigjährigen Geschichte zu verkraften hatte, ist ein solches Szenario jedoch in weite Ferne gerückt. Nachdem der kolumbianische Staat in der Vergangenheit mehrfach daran gescheitert war, die Guerilleros zum Aufgeben zu bewegen, gelten die seit Oktober 2012 in Havanna geführten Gespräche zwischen der Regierung von Juan Manuel Santos (seit 2010) und den FARC als bislang aussichtsreichster Versuch, einen Verhandlungsfrieden zu erreichen. Aufgrund der bislang recht erfolgreich verlaufenen Gespräche entschloss sich im Juni 2014 schließlich auch der kleinere ELN, es den FARC gleichzutun und in Friedensverhandlungen einzuwilligen. Seit 1964 war Kolumbien einem Ende des Binnenkonflikts nie näher.⁷

Zwar hat der Zustand permanenter Aufstandsbekämpfung den Regierungen der vergangenen zwei Jahrzehnte bis zu einem gewissen Grad als Legitimation für ihre neoliberale Wirtschaftspolitik sowie die fortschreitende Einschränkung der Bürgerrechte gedient. Es lässt sich jedoch kaum leugnen, dass der Krieg gegen die Guerillas auch gewaltige Kosten im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich zur Folge hat. Am Ende ist niemand stärker vom Konflikt betroffen als die verarmte Landbevölkerung, die oft zwischen die Fronten der verfeindeten Parteien gerät. Doch selbst in der Mittel- und Oberschicht fordern die Aktionen der illegalen Gruppen ihren Tribut, zumeist in Form von Entführungen, Schutzgeldzahlungen und gezielten Mordanschlägen.⁸

⁶ Siehe hierzu auch Thomas Fischer, 40 Jahre FARC in Kolumbien. Von der bäuerlichen Selbstverteidigung zum Terror, *Sozial.Geschichte*, 20 (2005), S. 77–99. Der vorliegende Aufsatz gibt ebenfalls einen Überblick über die Ursprünge der Guerilla-Organisation, beschäftigt sich darüber hinaus jedoch mit deren Geschichtsbild, den Entwicklungen der letzten zehn Jahre sowie insbesondere den aktuellen Friedensgesprächen.

⁷ Gobierno y Eln oficializan diálogo para concretar proceso, *El Tiempo*, 10. Juni 2014.

⁸ Thomas Jäger et al., *Die Tragödie Kolumbiens. Staatszerfall, Gewaltmärkte und Drogenökonomie*, Wiesbaden 2007, S. 98–100.

Obwohl sich die FARC unter dem militärischen Druck der Regierung Uribe aus vielen Landesteilen zurückziehen mussten, ist die Guerilla auf konventionellem Wege kaum zu schlagen. Ihre völlige Vernichtung, wie dies Uribe anstrebte, wäre nur unter Fortführung eines „schmutzigen Krieges“, das heißt mit Hilfe irregulärer, paramilitärischer Streitkräfte möglich.⁹ Dass die unter Santos weit fortgeschrittenen Friedensverhandlungen noch scheitern könnten und sich die paramilitärischen Gewaltexzesse der vergangenen zwanzig Jahre wiederholen, ist jedoch trotz dessen Wiederwahl am 15. Juni 2014 nicht auszuschließen. Obwohl Santos im Wahlkampf versprach, Kolumbien den lange ersehnten Frieden zu bringen, zeigte sich am knappen Ausgang der Stichwahl, dass ein großer Teil der Bevölkerung dies bezweifelt. So erhielt sein Herausforderer Óscar Iván Zuluaga – als ausgesprochener Kritiker des Friedensprozesses – immerhin 45 Prozent der Stimmen, wohingegen 51 Prozent auf Santos entfielen.

Insgesamt stehen derzeit fünf Punkte auf der Agenda der Unterhändler in Havanna.¹⁰ Der von der ländlich verankerten FARC seit jeher angestrebten Landreform stimmte die Regierung Santos relativ rasch zu. Das Problem der zukünftigen politischen Beteiligung konnte ebenfalls gelöst werden, nachdem Santos den FARC parlamentarische Repräsentation und Garantien versprochen hatte, damit sich das Drama der *Unión Patriótica* (UP) nicht wiederholen möge. So war nahezu die gesamte Führungsriege des ehemaligen politischen Arms der FARC in den 1980er und 90er Jahren trotz Zusicherung politischer Teilhabe von rechten Todesschwadronen „liquidiert“ worden. Dieser „politische Genozid“ geschah unter staatlicher Duldung, möglicherweise sogar unter staatlicher Beteiligung.¹¹ Der ungleich kritischere Punkt des Drogenhandels, in den

⁹ Daniel Pécaut, *La experiencia de la violencia: Los desafíos del relato y la memoria*, Medellín 2013, S. 104–105.

¹⁰ Lo que ya se ha pactado en la mesa de diálogos en Cuba, *El Tiempo*, 17. Mai 2014.

¹¹ Aguilera Peña, *Las Farc* (wie Anm. 1), S. 88–90. Insgesamt wurden acht Kongressabgeordnete, 13 Gemeindevertreter, 70 Stadträte, elf Bürgermeister sowie etwa

die FARC tief involviert sind, konnte ebenfalls erstaunlich rasch abgehakt werden. Diesbezüglich verpflichteten sich die FARC-Unterhändler, aus dem Drogengeschäft auszusteigen und bei der Vernichtung bestehender Kokapflanzungen und Labors behilflich zu sein. Der Punkt über die „Bedingungen des Konfliktendes“ wurde indes noch nicht angetastet, da er unter anderem eine gerichtliche Aufarbeitung der von der FARC verübten Verbrechen gegen die Zivilgesellschaft beinhaltet. Angesichts der Unmöglichkeit, der Bevölkerung die weitgehende Straflosigkeit der Ex-Guerilleros als Bedingung eines Transitionsprozesses zu vermitteln, hat Santos diesen Punkt vorerst nicht weiter vertieft. Trotz der Beteuerung von Seiten der Regierung, dass es keine Straflosigkeit (*impunidad*) geben werde, ist sowohl die Mehrheit der Bevölkerung als auch der Großteil der Analysten davon überzeugt, dass die FARC weder Gefängnisstrafen noch Entschädigungsleistungen für ihre Opfer akzeptieren werden.¹² Schließlich ging auch die Demobilisierung der Paramilitärs im Rahmen des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“ mit weitgehender Straffreiheit einher.¹³ Es ist durchaus vorstellbar, dass der Friedensprozess an diesem Kernpunkt scheitern könnte.

Direkt hiermit verknüpft ist schließlich der fünfte und letzte Punkt, der die Frage der „Opfer des Konfliktes“ behandelt. Hier

5.000 gewöhnliche Mitglieder der UP ermordet, was die faktische Auslöschung der Partei bedeutete. Die Drahtzieher hinter den Ermordungen wurden bis auf wenige Ausnahmen nie verurteilt. Vgl. Iván Cepeda Castro / Claudia Girón Ortiz, La segregación de las víctimas de la violencia política, in: Angelika Rettberg (Hg.), Entre el perdón y el paredón: preguntas y dilemas de la justicia transicional, Bogotá 2005, S. 259–282. Im November 2013 wurde die Partei im Rahmen der Friedensgespräche zwischen FARC und Regierung unter dem Vorsitz der Politikerin Aída Avella neu gegründet. Im Zuge der Wiedezulassung als politische Partei erklärte der kolumbianische Staatsrat (*Consejo de Estado*), dass der beispiellose Massenmord als „politischer Genozid“ zu werten sei. Vgl. Otro salvavidas del Consejo de Estado para la UP, *El Espectador*, 14. Januar 2014.

¹² Impunidad, la nuez de la negociación en el proceso de paz, *El Espectador*, 6. Mai 2013.

¹³ Sven Schuster, *Die Violencia in Kolumbien: Der Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft, 1948–2008*, Stuttgart 2009, S. 416–417.

kam es am 6. Juni 2014 überraschend zu einer Einigung zwischen FARC und Regierung, wobei die Guerilleros erstmals in ihrer Geschichte eingestanden, dass sie im Verlauf des bewaffneten Konflikts auch zu Tätern geworden seien. Einer Entschädigung ihrer Opfer stimmten sie daher prinzipiell zu. Vorbedingung hierzu sei jedoch die Schaffung einer neutralen Kommission, welche der Öffentlichkeit die „ganze historische Wahrheit“ präsentiere.¹⁴ Dieser Punkt, nämlich die Aufarbeitung der Vergangenheit, und zwar ab den 1930er Jahren – und nicht erst ab 1964, wie es der Regierung bislang vorschwebte – ist daher von zentraler Bedeutung. Dabei geht es den FARC zum einen um eine Anerkennung ihrer Sicht der Dinge, nämlich die Ursprünge der Guerilla als Reaktion auf die unverhältnismäßige Gewalt des Staates zu legitimieren und zu einem Bestandteil der öffentlichen Geschichtskultur zu machen. Zum anderen stehen dahinter jedoch auch strategische Überlegungen, da die FARC in dieser Perspektive selbst zu „Opfern“ werden. Sollte also eines Tages tatsächlich ein Modell transitionaler Justiz implementiert werden, dürften sich die Mitglieder des *secretariado* weitgehende *impunidad* oder zumindest eine „Aussetzung“ ihrer Strafe erhoffen.¹⁵ Obwohl dies gegen das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes, das auch Kolumbien unterzeichnet hat, verstoßen würde, sind derartige Praktiken in Kolumbien bereits

¹⁴ El posible freno que las FARC pondrían al proceso de paz, *Semana*, 29. April 2014.

¹⁵ Der Begriff *transitional justice* steht seit Mitte der 1990er Jahre für Praktiken, mit denen nach einer Phase des gesellschaftspolitischen Umbruchs (*transition*) in der Vergangenheit begangene massive Verbrechen (zum Beispiel Völkermord, Massaker, Folter und „Verschwindenlassen“) juristisch aufgearbeitet werden. Derartige Prozesse werden häufig von geschichts- und vergangenheitspolitischen Maßnahmen flankiert und haben allgemein den Zweck, zu einer Demokratisierung und Pazifizierung der Gesellschaft beizutragen. Zum kolumbianischen Fall im internationalen Kontext siehe Jorge Iván Cuervo / Eduardo Bechara Gómez / Verónica Hinestroza Arenas, *Justicia transicional: modelos y experiencias internacionales*. A propósito de la ley de justicia y paz, Bogotá 2007, S. 15–58.

seit dem 19. Jahrhundert bei „politischen Vergehen“ durchaus üblich.¹⁶

Angesichts derartiger Forderungen hat die Regierung bereits signalisiert, dass sie auf die FARC zugehen wolle, wenngleich es keine völlige *impunidad* gebe.¹⁷ Die bereits geleistete Aufarbeitung – etwa in Form der vom *Centro Nacional de Memoria Histórica* (CNMH) herausgegebenen Berichte – solle zudem überdacht werden.¹⁸ Tatsächlich beschränkt sich etwa der abschließende Bericht des CNMH, der zum Ziel hat, die Gewaltgeschichte Kolumbiens im 20. Jahrhundert wiederzugeben, lediglich auf die Zeit seit 1964.¹⁹ Die für das historische und politische Selbstverständnis der FARC so wichtige Epoche der 1930er, 40er und 50er Jahre bleibt hingegen ausgeblendet. Es stellt sich somit die Frage, wie eine revidierte historische Darstellung des bewaffneten Konflikts – unter Einbeziehung der Sichtweise der FARC – aussehen könnte. Wessen „Geschichte“, wessen „Wahrheit“, wessen „Erinnerung“ kommt dabei den Tatsachen am nächsten?

Obwohl seit den 1950er Jahren sowohl von staatlicher als auch von zivilgesellschaftlicher Seite immer wieder Versuche unternommen wurden, Kolumbiens Gewaltgeschichte in Form von Kommissionen und Berichten aufzuarbeiten, war die Breitenwirksamkeit dieser Unternehmungen meist gering. Eine Ausnahme stellte in diesem Kontext lediglich die so genannte *Violencia*-Kommission von 1958 dar, deren Mitglieder in den Jahren 1962 und 1964 das zweibändige Werk *La Violencia en Colombia* (1962/64) veröffentlichten. Dieses Buch führte nicht nur dem städtischen Publikum erstmals vor Augen, mit welcher Brutalität der Krieg zwischen den Parteilanhängern der Liberalen und der Konservativen auf dem Land

¹⁶ Mario Aguilera Peña, *Amnistía e indulto, siglos XIX y XX*, *Credencial Historia*, 137 (2001), S. 14–16.

¹⁷ „No es cierto que habrá impunidad con las Farc“: Santos, *El Espectador*, 27. Mai 2014.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Grupo de Memoria Histórica, *¡Basta ya! Colombia: Memorias de guerra y dignidad*, Bogotá, 2013.

geführt wurde, sondern es war auch die Geburtsstunde der modernen Sozialwissenschaften in Kolumbien. In den folgenden Jahrzehnten widmeten sich die sogenannten *violentólogos* der Erforschung der Gewaltgeschichte, die damit zum Schwerpunktthema der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten wurde.²⁰

Die Arbeit der anderen Kommissionen seit 1964, die sich nun auch mit der Entstehung der FARC zu befassen hatten, blieb jedoch von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. In vielen Fällen wurden die abschließenden Berichte nicht einmal veröffentlicht.²¹ Anlass zu polemischen Diskussionen gab erst wieder der 1987 erschienene Bericht einer Expertenkommission zu den Wurzeln der Gewalt, den die Regierung Virgilio Barco (1986–1990) in Auftrag gegeben hatte. Unmittelbarer Anlass war die Vorbereitung einer verfassungsgebenden Versammlung (1991), womit auch ein Friedensprozess einhergehen sollte. Bis auf die Demobilisierung der urbanen M-19-Guerilla waren die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Aufständischen jedoch nur mäßig erfolgreich. Was den Bericht so polemisch machte, war in erster Linie die Feststellung, dass sich die Gewalt in Kolumbien nun derart ausgeweitet habe, dass von einer regelrechten „Gewaltkultur“ die Rede sein könne. Zugleich leistete die Arbeit der Kommission einer Entpolitisierung sowie einer zunehmend ahistorischen Sichtweise des bewaffneten Konflikts Vorschub, was wohl aus dem Verlangen, um jeden Preis Frieden zu schließen, zu verstehen ist. Dass die Entstehungsgeschichte der FARC daher kaum Berücksichtigung fand, war nur eine der zahlreichen Schwächen des Berichts.²²

Nachdem die FARC in Havanna ihre Forderungen nach einer weiteren Kommission im August 2014 schließlich durchsetzen konnten, ist augenblicklich erneut eine zwölfköpfige Gruppe von Politologen, Historikern und Soziologen damit befasst, die Ur-

²⁰ Jefferson Jaramillo Marín, *Pasados y presentes de la violencia en Colombia*, Bogotá 2014, S. 91–99.

²¹ Ebd., S. 25–30.

²² Ebd., S. 147–157.

sprünge des Konflikts aufzuarbeiten. Dabei wurden sechs Mitglieder der Expertenkommission, die nun die Aufgabe hat, eine multidimensionale und „neutrale“ Geschichte zu verfassen, direkt von den FARC vorgeschlagen, die anderen sechs von der Regierung.²³ Wie allerdings das von dieser höchst heterogenen Gruppe anzufertigende Produkt, das in der Rekordzeit von nur vier Monaten angefertigt werden soll, am Ende aussehen wird, ist derzeit nicht absehbar.²⁴ Ebenso wenig lässt sich einschätzen, ob es tatsächlich die angestrebte Verbreitung findet oder nicht vielmehr das Schicksal der meisten vorangegangenen Berichte teilt. Allein die Nachdrücklichkeit, mit der die FARC auf die Einsetzung dieser neuen Historiker-Kommission beharrten, zeigt jedoch, wie wichtig den Guerilleros die Darstellung *ihrer* Version der Vergangenheit ist.

Mythos Marquetalia

Dass das Geschichtsbewusstsein der Guerilleros mitnichten ein „neues Phänomen“ ist, wie manche Kommentatoren angesichts der offensichtlichen Politisierung der Kommission behaupten, zeigten vor den aktuellen Gesprächen in Havanna bereits die gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Präsident Andrés Pastrana (1998–2002) und den FARC.²⁵ Obwohl die Regierung sich 1998 bereit erklärt hatte, den Guerilleros eine entmilitarisierte Zone von der Größe der Schweiz anzubieten und auf mehrere ihrer politischen Forderungen einzugehen, kam es zu keiner Einigung. Der mittler-

²³ Fernanda Espinosa, Un reto para la historia del conflicto, 31. August 2014 [http://palabrasalmargen.com/index.php/articulos/nacional/item/un-reto-para-la-historia-del-conflicto?category_id=138].

²⁴ Am 18. Januar 2015 gaben FARC und Regierung bekannt, dass die Friedensgespräche nach der Winterpause am 2. Februar fortgesetzt werden sollen. Der Bericht der Expertenkommission (*Comisión Histórica del Conflicto y sus Víctimas*) soll dann am 10. Februar der Öffentlichkeit präsentiert werden. Vgl. Gobierno y Farc ponen fechas a los próximos ciclos del proceso de paz, *El Tiempo*, 18. Januar 2015.

²⁵ Juan Diego Restrepo, Académicos innecesarios, 24. August 2014 [<http://www.semana.com/opinion/articulo/proceso-de-paz-academicos-innecesarios-opinion-de-juan-diego-restrepo/400319-3>].

weile verstorbene FARC-Chef Manuel Marulanda brüskierte stattdessen die politischen Eliten des Landes, als er am 7. Januar 1999 den in die entmilitarisierte Zone gereisten Präsidenten vergeblich auf seine Ankunft warten ließ. Pastrana musste stattdessen mit einem leeren Stuhl vorlieb nehmen. Während der enttäuschte Präsident im Anschluss fortwährend von der Zukunft des Landes und den zu bewältigenden Aufgaben sprach, waren die Guerilleros vornehmlich an einer Aufarbeitung der Vergangenheit interessiert. Vielen Kolumbianern mutete es befremdlich an, als ein Sprecher der FARC sich schließlich bitter über das in den 1950er und 60er Jahren begangene Unrecht beschwerte und Entschädigung für die bei der Einnahme Marquetalias zerstörte Habe sowie das von der Armee „gestohlene“ Land forderte.²⁶ Am 21. Februar 2002, nachdem die FARC mehrfach die Armee angegriffen, den Anbau von Koka in dem entmilitarisierten Gebiet erlaubt und ein Passagierflugzeug entführt hatten, erklärte Pastrana die Friedensverhandlungen für beendet und ordnete die militärische Rückeroberung der Zone an.

Wie die gescheiterten Verhandlungen unter Pastrana sowie die aktuell in Havanna geführten Gespräche unter Santos zeigen, legen die Mitglieder des *secretariado* also noch immer großen Wert auf die historische Legitimierung ihres Kampfes, wobei neben dem Marquetalia-Mythos *sui generis* auch die Vorgeschichte seit den 1930er Jahren eine Rolle spielt. In dieser Zeit hatte die Weltwirtschaftskrise dazu geführt, dass Kolumbien einen großen Teil seiner Agrarprodukte nicht mehr auf dem Weltmarkt absetzen konnte. In der Folge kam es zu einer Freisetzung tausender Landarbeiter, die als „Kolonisten“ (*colonos*) in die vom Staat bislang vernachlässigten Gebiete vordrangen. Bald schon kam es jedoch auch in diesen Zonen zu Konflikten zwischen den Großgrundbesitzern (*hacendados*) und den Campesinos. So unternahmen die mächtigen *hacendados* zahlreiche Anstrengungen, das von den Kleinbauern urbar gemachte Land anschließend in ihren Besitz zu bringen. Häufig geschah

²⁶ Herbert Braun, “¡Qué haiga paz!” History and Human Reconciliation in Colombia, 2002, [<http://kellogg.nd.edu/faculty/research/pdfs/Braun.pdf>].

dies durch Gewalt oder die Bestechung der Behörden. Die Reaktion der Campesinos ließ jedoch ebenfalls nicht lange auf sich warten. So bildeten sich bereits zu Beginn der 1930er Jahre erste Agrargewerkschaften und Bauernverbände, die häufig unter dem Einfluss linkergerichteter Bewegungen und Parteien standen. In diesem Kontext entstanden die so genannten *autodefensas campesinas* auf dem Land. Als Beschützer und geistige Urheber dieser Bewegungen taten sich die von dem liberalen Nationalpopulisten Jorge Eliécer Gaitán geführte UNIR (*Unión Nacional Izquierdista Revolucionaria*), der PAN (*Partido Agrario Nacional*), die Bauernbewegung der Region Sumapaz sowie der PCC (*Partido Comunista de Colombia*) hervor.²⁷

In den folgenden Jahren nahmen die *autodefensas* in verschiedenen Regionen des Hochlands die unterschiedlichsten ideologischen Einflüsse auf, wobei die Bindungen zu Teilen der Liberalen Partei und dem Gaitanismus besonders stark waren.²⁸ In einigen Regionen der Departements Tolima, Huila und Cundinamarca übernahm jedoch der PCC die Führungsrolle. Insbesondere die unter dem Ein-

²⁷ Aguilera Peña, *Las Farc* (wie Anm. 1), S. 20–21.

²⁸ Als *gaitanistas* bezeichneten sich die Anhänger des am 9. April 1948 ermordeten liberalen Politikers Jorge Eliécer Gaitán. Im Unterschied zu den traditionellen Eliten der Liberalen Partei vertrat Gaitán den so genannten *liberalismo popular*, der sich auf die Masse der sozial Schwachen und Ausgegrenzten stützte. Der sozialistischen Ideen nahestehende Gaitán verschreckte mit seiner klassenkämpferischen Rhetorik jedoch viele moderate Anhänger der Liberalen sowie die traditionellen Eliten im Allgemeinen. Im Kontext des zeitgenössischen Nationalpopulismus stellte sich Gaitán nämlich rhetorisch auf eine Stufe mit den Armen, die er wie kein Politiker vor ihm zu mobilisieren wusste. Die Hauptachse seines politischen Diskurses bildete die manichäische Unterscheidung zwischen dem *país nacional* und dem *país político*. Das „politische Land“ befände sich demnach im Würgegriff oligarchischer Partikularinteressen, wohingegen das „nationale Land“, das heißt die Masse der einfachen Bürger, systematisch von politischer und wirtschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werde. Angesichts der damals wie heute enormen sozioökonomischen Ungleichheit in Kolumbien, die selbst im lateinamerikanischen Vergleich als extrem gilt, ist es kaum verwunderlich, dass ein Großteil der politischen Eliten den Gaitanismus als Bedrohung sah. Vgl. John Green, *Gaitanismo, liberalismo de izquierda y movilización popular*, Bogotá 2013, S. 19–38.

fluss der Kommunisten stehende Gemeinde Chaparral (Tolima) sollte später zum Nukleus der FARC werden. Die während der *Violencia* einsetzende Radikalisierung bewirkte, dass die unterschiedlichen Zentren bäuerlicher Selbstverteidigung mit der Zeit untereinander den Kontakt verloren. War es vor der Ermordung Gaitáns am 9. April 1948 nicht ungewöhnlich, Kommunisten, Gaitanisten und Liberale gemeinsam operieren zu sehen, so kam es ab 1948 zu einer ideologischen Differenzierung und Abgrenzung. Im Verlaufe der so genannten *Violencia* (1948–1964), bei der sich in erster Linie die bewaffneten Anhänger der Liberalen und der Konservativen gegenüberstanden, bekämpften sich zunehmend auch die liberalen und kommunistischen Guerillas, wobei nach *comunes* (Kommunisten) und *limpios* (Liberale) unterschieden wurde. Auch die von Militärdiktator Gustavo Rojas Pinilla (1953–1957) und Präsident Alberto Lleras (1958–1962) erlassenen Amnestiegesetze machten nur wenig Eindruck auf die unter dem Einfluss des PCC stehenden Guerillas, die ab Mitte der 1950er Jahre zahlreiche Militärschläge überstanden. Im Gegenteil führte die Politik der harten Hand bei den Kommunisten zu einer grundsätzlichen Ablehnung des politischen Systems.

Während die liberalen Guerilleros bereits 1953 weitgehend demobilisiert werden konnten, gelang es den ersten beiden Regierungen des so genannten *Frente Nacional* (1958–1974) jedoch nicht, die kommunistischen *autodefensas* zu besiegen. Der *Frente Nacional* war ein hermetisch geschlossenes System, bei dem sich die beiden Traditionsparteien – also die Liberalen und die Konservativen – alle vier Jahre an der Macht abwechselten, und zwar unabhängig vom Wahlergebnis. Der exkludierende Charakter des Systems, das dritte Kräfte effektiv von der politischen Partizipation ausschloss, führte folglich zu einer Intensivierung revolutionärer Gewalt, wobei neben den FARC noch zahlreiche weitere Guerillagruppen entstanden.²⁹

²⁹ Jonathan Hartlyn, Sobre el impacto del Frente Nacional, in: Carlos Caballero Argáez et al. (Hg.), Cincuenta años de regreso a la democracia. Nuevas miradas a la

Die Unfähigkeit des Staates, die kommunistischen Enklaven in staatsfernen Gebieten zu zerstören, verleitete den konservativen Politiker Álvaro Gómez Hurtado am 25. Oktober 1961 dazu, im Kongress die Existenz von über 16 von ihm so genannter „unabhängiger Republiken“ anzuprangern. Er warnte vor der Gefahr, die von den durch Moskau und Havanna unterstützten Gruppen ausgehe. In seiner Sichtweise stand eine Revolution nach kubanischem Muster in Kolumbien unmittelbar bevor.³⁰ Tatsächlich waren die bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen nur schlecht ausgerüstet und verfügten kaum über Kontakte zur Außenwelt. Ihre Waffen stammten zum Teil noch aus dem *Krieg der Tausend Tage* (1899–1902). Auch in ideologischer Hinsicht waren die *autodefensas* weit weniger indoktriniert, als es die politischen Eliten in der Hauptstadt glaubten. So zeigen Gespräche mit ehemaligen Angehörigen, dass bei vielen ihrer Mitglieder nur rudimentäre Kenntnisse der marxistisch-leninistischen Theorie vorhanden waren.³¹ Als „kommunistisch“ definierten die Guerilleros bereits die kollektive Bewirtschaftung des Bodens und flache Hierarchien. Ein nationales oder gar internationales Programm zur Befreiung der Volksmassen oder zum Sturz der Regierung gab es jedoch nicht.³²

Dazu trug wesentlich bei, dass die Beziehungen zur Kommunistischen Partei immer schlechter wurden. Der unter Rojas Pinilla verbotene PCC war nämlich auch unter dem *Frente Nacional* starker Repression ausgesetzt, weswegen sein Einfluss auf die expandierenden FARC zusehends schwand. Hinzu kam, dass die Partei auf einer Konferenz im Jahre 1961 beschloss, in Zukunft für „die Kombination aller Formen des Kampfes“ einzutreten. In der Folge wandelte sich die FARC in eine militaristische Organisation, die den nach formaler Anerkennung strebenden Kommunisten zunehmend skeptisch gegenüberstand. In den 1990er Jahren riss die Ver-

relevancia histórica del Frente Nacional, Bogotá 2012, S. 106–109.

³⁰ Eduardo Pizarro, Marquetalia. El mito fundacional de las Farc, 2006 [http://unperiodico.unal.edu.co/ediciones/57/03.htm].

³¹ María Victoria Uribe, Salvo el poder todo es ilusión, Bogotá 2007, S. 129.

³² Aguilera Peña, Las Farc (wie Anm. 1), S. 20–29.

bindung zum marginalisierten und numerisch unbedeutenden PCC schließlich völlig ab.³³ Obwohl der PCC bereits drei Jahre vor der Bombardierung Marquetalias entschieden hatte, dass die von ihm instruierten *autodefensas* den bewaffneten Kampf gegen die Regierung aufnehmen sollten, stilisierten die Guerilleros im Nachhinein Marquetalia zum eigentlichen Auslöser ihres Aufstands.³⁴ Die Rolle des PCC sollte dadurch heruntergespielt werden.

Demzufolge hätten die damals in der Enklave anwesenden Männer, Frauen und Kinder in einem Zustand der Harmonie gelebt und die gesamte Region vom Joch drakonischer Großgrundbesitzer befreit. Es sei ihnen weiterhin darum gegangen, den Campesinos Bildung, Gesundheit und gewisse soziale Leistungen zukommen zu lassen. Da sich der Staat und die Traditionsparteien als falsch, rachsüchtig und aggressiv erwiesen hätten, sei Marquetalia als autonomes Gebiet mit eigenen Regeln und Gesetzen konstituiert worden. Viele Führer der heutigen FARC, wie etwa der Kommandant Fernando Caicedo, leugnen deshalb bis heute, dass es jemals eine direkte Verbindung zwischen FARC und PCC gegeben habe.³⁵ Demnach seien die FARC unabhängig von den Vorgaben der Partei aus der Bauernbewegung der 1930er Jahre hervorgegangen. Den städtischen Kommunisten habe man lediglich die ideologische „Bewusstwerdung“ zu verdanken, wie sie etwa von dem in den 1960er Jahren von Bogotá nach Marquetalia gereisten Parteifunktionär Jacobo Arenas vorangetrieben wurde. Davon abgesehen sei die Guerilla als Nebenprodukt der *Violencia* zu betrachten. Denn erst die permanente Verfolgung durch konservative Banden in den 1950er Jahren habe die Campesinos dazu gebracht, den Weg des bewaffneten Widerstandes einzuschlagen. Da sowohl die liberalen als auch die gaitanistischen Guerillas von den verschiedenen Regierungen verraten worden seien, habe sich bei den Kommunisten die Überzeugung herausgebildet, dass auch der *Frente Nacional* nichts weiter als eine

³³ Pizarro, Marquetalia (wie Anm. 20), o. S.

³⁴ Uribe, *Salvo el poder* (wie Anm. 31), S. 232–234.

³⁵ Ebd., S. 161–162.

elitäre Fassadendemokratie sei.³⁶ In dieser Lesart stilisieren sich die heutigen Mitglieder des *secretariado* zu ursprünglich eher apolitischen Campesinos, die von der Regierung regelrecht zum Kampf herausgefordert worden seien.

Das Selbstverständnis der FARC im Wandel

Wie María Victoria Uribe betont, hat der Marquetalia-Mythos für die FARC heute primär die Funktion, den intergenerationellen Zusammenhalt der Gruppe zu festigen. Die Schilderungen des Mythos auf der Homepage der FARC oder in ihrer Zeitung *Resistencia* haben zum Ziel, an den bäuerlichen Charakter der Bewegung zu erinnern und den jüngeren Mitgliedern die Ursprünge des Kampfes zu verdeutlichen.³⁷ Aus diesem Grunde beginnen etwa aktuelle Propagandavideos der FARC häufig mit dem *Bogotazo*, also der Verwüstung der Hauptstadt durch die Anhänger des ermordeten Gaitán am 9. April 1948, oder dem Kampf liberaler Guerillas gegen die konservative Regierung in den 1950er Jahren.³⁸ In solchen Aufständen und Rebellionen sehen die FARC-Ideologen direkte Vorläufer ihres eigenen Kampfes.

Ob die „Nachwuchs-Guerilleros“ mit den Erzählungen der „Alten“ viel anfangen können, ist allerdings fraglich. Denn seit der personellen und materiellen Expansion der FARC im Zuge ihrer massiven Beteiligung am Drogenhandel treten ideelle und politische Inhalte zunehmend in den Hintergrund. So ist derzeit zu beobachten, dass die jüngeren FARC-Kämpfer kaum einen Bezug zum „Kommunismus“ vergangener Tage haben. Hinzu kommt, dass von den „historischen“ Mitgliedern des *secretariado* nach zahlreichen verheerenden Militärschlägen kaum noch einer am Leben ist. Die wichtigste „lebendige“ Verbindung der FARC zu ihren Ur-

³⁶ Ebd., S. 174–175.

³⁷ Ebd., S. 232.

³⁸ Siehe zum Beispiel die Dokumentation mit dem Titel *El Bogotazo, el origen de las FARC* im Internet-Videoportal *YouTube*.

sprünge, der legendäre Kommandeur Manuel Marulanda, alias *Tirofijo*, starb im März 2008 – angeblich an Herzversagen. Seit Ende der 1980er Jahre, verstärkt jedoch seit der Präsidentschaft von Hugo Chávez in Venezuela (1999–2013), hängen die FARC stattdessen einem diffusen „Bolivarismus“ an.³⁹ Wie genau die Guerilla zu der von Chávez und seinem Nachfolger Nicolás Maduro (seit 2013) proklamierten „Bolivarischen Revolution“ steht, hat ihre Führung allerdings bis dato nicht verlauten lassen. So sieht sich die Guerilla bis heute zwar als eine politisch-militärische Organisation, deren Ziel die „Befreiung“ der vom Neoliberalismus erdrückten „Volksmassen“ sei, wie deren Sprecher Raúl Reyes, der am 1. März 2008 bei einem Bombenangriff der kolumbianischen Armee getötet wurde, noch im Januar desselben Jahres betont hatte.⁴⁰ Der ursprüngliche dogmatische Marxismus-Leninismus der Gruppe ist mittlerweile jedoch einem unspezifischen Antiimperialismus gewichen. Demnach sei es heutzutage die Aufgabe der FARC, Simón Bolívars Ideal einer überregionalen Einheit nachzueifern und Lateinamerika vom Joch der USA und der mit ihnen verbündeten nationalen Eliten zu befreien. Nur so seien die Abkehr vom Kapitalismus und die politische Repräsentation der „subalternen Klassen“ zu erreichen.⁴¹

Selbst wenn der Mythos von Marquetalia intern als verbindendes und identitätsstiftendes Element funktionieren sollte, so ist seine legitimierende Funktion außerhalb der FARC doch eher schwach. Noch immer kennen nur wenige Kolumbianer die genauen Hintergründe der Entstehung der FARC, insbesondere da ihre Medienproduktion kaum Rezipienten findet. So ist es den FARC bis heute nicht gelungen, ihre Version der Geschichte populär zu machen. Dafür ist nicht zuletzt die Unterdrückung linksgerichteter Medien und Organisationen in Kolumbien verantwortlich. Diese Repressi-

³⁹ Aguilera Peña, *Las Farc* (wie Anm. 1), S. 140–144.

⁴⁰ Farc dicen que son fuerza beligerante, *El Tiempo*, 24. Januar 2008.

⁴¹ Das politische Programm der FARC findet sich (derzeit) auf folgenden Webseiten: [<http://farc-ep.co>] und [<http://resistencia-colombia.org>].

on äußert sich im Wesentlichen in der permanenten Abschaltung der Website *Resistencia* und des FARC-nahen Internet-Nachrichtenportals ANNCOL sowie der Verfolgung linksextremer Gruppierungen wie dem *Movimiento Bolivariano para una Nueva Colombia* oder dem *Partido Comunista Clandestino*.⁴² Daneben werden auch die Mitarbeiter linksgerichteter Presseorgane, wie zum Beispiel die Journalisten der kommunistischen Zeitung *Voz*, regelmäßig von staatlichen oder parastaatlichen Kräften bedroht.⁴³ Zudem ist es der FARC-Führung bis heute nicht gelungen, den Mythos in stärkerem Maße für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. So bleibt die Geschichte über die Bombardierung der kommunistischen Enklave eine vage Anekdote, die bis heute weder eine tiefere Bedeutung aufweist noch in irgendeiner Weise zur Gestaltung der Zukunft beiträgt. Aus Marquetalia ergeben sich somit keine „Regeln“ und „Lehren“, die dem zukünftigen Kampf um die politische Macht dienlich sein könnten.⁴⁴ Es ist fraglich, ob sich dies mit dem voraussichtlich am 10. Februar 2015 erscheinenden Bericht der neuen Historiker-Kommission grundlegend ändern wird.

Schlussbetrachtung

Dass so viele Kolumbianer nichts mit den archaisch anmutenden Forderungen der Guerilla anfangen können, hat viel mit der Geschichtspolitik der vergangenen Jahrzehnte zu tun. So war es das „Verdienst“ der politischen Eliten, die Ursprünge der FARC aus dem historischen Gedächtnis gelöscht zu haben.⁴⁵ Auch die zahlreichen Berichte und Dokumentationen des CNMH haben bislang nichts daran geändert, dass der Mehrheit der Bevölkerung die Gründe für die Entstehung der bewaffneten Gruppen genauso un-

⁴² Uribe, *Salvo el poder* (wie Anm. 31), S. 228–229.

⁴³ Teófilo Vásquez, *Die politischen Folgen des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden*, 2005 [<http://www.kolumbien-aktuell.ch/kolumbien-aktuell/410.htm>]; Aguilera Peña, *Las Farc* (wie Anm. 1), S. 149–155.

⁴⁴ Uribe, *Salvo el poder* (wie Anm. 31), S. 227–229.

⁴⁵ Schuster, *Die Violencia* in Kolumbien (wie Anm. 13), S. 213–218.

klar sind wie deren Forderungen. Zwar ist heutzutage in den Fernsehnachrichten und in den Tageszeitungen permanent von Anschlügen, Kampfhandlungen und Blutvergießen die Rede. Selten wird jedoch eine Analyse der Konfliktursachen vorgenommen. Selbst wenn die Geschichtsdarstellung der FARC stark ideologisch gefärbt sein sollte, so ist ihre Anerkennung von offizieller Seite dennoch eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Friedensprozess. Daneben ist festzustellen, dass der Gründungsmythos der FARC zwar ein verzerrtes Bild zeichnet, indem er zum Beispiel die Rolle des PCC herunterspielt oder Marquetalia zum irdischen Paradies verklärt. Nichtsdestotrotz hält sich die Erzählung der Guerilla im Wesentlichen an historische Tatsachen.

Allgemein ist das Geschichtsbild der FARC so strukturiert, dass die vergangenen zwei Jahrhunderte als ständiger „Kampf der Oligarchie gegen das Volk“ gedeutet werden. So manifestiere sich die Unterdrückung des *páis nacional* durch das *páis político* etwa in der Ermordung diverser Unabhängigkeitsführer des 19. Jahrhunderts, dem Attentat auf Gaitán, dem Militärschlag gegen Marquetalia sowie der Auslöschung der UP. Das zentrale Element in dieser Geschichtsdarstellung ist somit die Annahme, dass es eine historisch begründete Hegemonie der in den Traditionsparteien organisierten Machtelite gebe, welche seit jeher die öffentliche Meinung manipulierte, Wahlen fälsche, den Staatsapparat unter sich aufteile, das Land ökonomisch ausbeute, die extreme soziale Ungleichheit in Kauf nehme und sich zudem den imperialistischen Interessen der USA unterordne. Diese historisch gewachsenen Strukturen können nach Meinung der FARC nur durch revolutionäre Gewalt gebrochen werden.⁴⁶

Obwohl die Guerilleros mit einigem Recht auf das Versagen der politischen Elite hinweisen, dürfte es der Regierung doch schwer fallen, sie als „historische Opfer“ staatlicher Gewalt anzuerkennen. Dies käme letztlich einem Schuldeingeständnis der gesamten politischen Kaste gleich, die in Kolumbien regelrecht dynastische Züge

⁴⁶ Aguilera Peña, *Las Farc*, S. 154.

aufweist. So entstammt Präsident Santos selbst einer Familie, die im 20. Jahrhundert wichtige politische Ämter (unter anderem Präsidentschaft von Eduardo Santos, 1938–1942) bekleidete und auch im Bereich der Medien (unter anderem Besitz der Tageszeitung *El Tiempo*) großen Einfluss ausübte. Zwar steht außer Frage, dass sich die FARC schwerster Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung schuldig gemacht haben. Es ist jedoch ebenso wahr, dass es sich bei Lateinamerikas ältester Guerilla um ein Geschöpf des Kalten Krieges handelt – ein Produkt antikommunistischer Aggression. Obwohl Geschichtsbild und Selbstverständnis der FARC heutzutage vollkommen anachronistisch anmuten, sollte ihre Sicht der Dinge also ernst genommen werden, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen.